

Newsletter Globale Wirtschaft und Menschenrechte



Eine-Welt-PromotorInnen
Programm NRW



Träger der Fachstelle

2. Ausgabe, Juli 2016

Inhalt

Menschenrechte entlang globaler Lieferketten

- Global Witness Report zu Morden an Umwelt- und LandaktivistInnen
- EU-Studie: Europäische Unternehmen und Finanzakteure an Landgrabbing beteiligt
- Global Slavery Index 2016 zu moderner Sklaverei
- Neue Publikationen im Projekt Change Your Shoes
- SÜDWIND-Untersuchung: Arbeitsbedingungen in westindischen Textilbetrieben
- FEMNET-Video über die Situation junger ArbeiterInnen in indischen Spinnereien

Globale Wirtschaft politisch verändern

- EU-Verordnung zu Konfliktmineralien: auf Leitlinien geeinigt
- Nationaler Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte: Zivilgesellschaft kritisiert Entwurf
- Fünf Jahre UN-Leitprinzipien: Grafiken und Einschätzungen

Unternehmen in der Verantwortung

- Survival International Bericht: Deutsche Unternehmen und die Rechte indigener Völker
- UNGC-Webinar: Kinderrechte im Unternehmen
- Petition für existenzsichernde Löhne in der Modeproduktion

Globales Lernen

- Bildungsmodule: Moderne Sklaverei
- Satthaben: INKOTA-Bildungsmaterialien zum Thema globalisierte Landwirtschaft

Veranstaltungen in NRW

- 08.-10. Juli 2016, Bonn: Alternative Wirtschaftsordnungen - Innovative Ansätze zur Lösung aktueller Krisen!?
- 31. Juli – 5. August 2016, Hattingen: „... noch keinen Sklaven in Katar gesehen“
- 01.-03. August 2016, Köln: Internationale Konferenz: CSR, Sustainability, Ethics and Governance
- 01.-03. September 2016, Dortmund: Fair Friends Messe

Menschenrechte entlang globaler Lieferketten



Global Witness Report: On Dangerous Grounds

Mindestens 185 AktivistInnen, die sich gegen die Zerstörung ihres Landes, Waldes oder Flusses eingesetzt haben, wurden 2015 weltweit ermordet. Dies dokumentiert der Bericht „On Dangerous Grounds“ der britischen Organisation Global Witness. Damit habe sich die Zahl der Opfer gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelt. Die meisten Menschen mussten laut Bericht wegen ihres Widerstands gegen Bergbauprojekte sterben. Weitere Gründe waren der Kampf gegen Landwirtschaftsvorhaben, gegen Staudämme oder Abholzungen. Global Witness fordert von den Regierungen der betroffenen Länder, die AktivistInnen besser zu schützen und Verbrechen aufzuklären. Zum Bericht geht es [hier](#).

Freeimages.com/andrei.gherga



EU-Studie: Europäische Unternehmen und Finanzakteure an Landgrabbing beteiligt

Im Auftrag des Europaparlaments erstellte das niederländische Institute for Social Studies (ISS) zusammen mit FIAN eine umfassende Bestandsaufnahme zur Beteiligung europäischer Firmen und Finanzakteure beim globalen Landgrabbing. Schwer zu durchdringende Finanzierungs- und Beteiligungsstrukturen erschweren den AutorInnen die Analyse. Das Ergebnis war dennoch eindeutig: Die Rolle Europas bei Landnahmen und Menschenrechtsverletzungen wird weit unterschätzt. Zur Studie geht es [hier](#).

Global Slavery Index 2016 zu moderner Sklaverei

Mindestens 45,8 Millionen Menschen leben zurzeit weltweit in modernen Formen der Sklaverei. Dies berichtet der „Global Slavery Index“ der australischen Stiftung Walk-Free. Den Betroffenen wird die Kontrolle darüber entzogen, was mit ihrem Körper passiert oder welche Art der Arbeit sie ausüben, ohne dass sie sich aus dieser Situation befreien können – so die Definition von moderner Sklaverei in der Studie. Die Betroffenen arbeiten als Haushaltshilfen, SexarbeiterInnen oder KindersoldatInnen oder werden als SchuldarbeiterInnen zur Tilgung von Krediten zu Zwangsarbeit genötigt. Der größte Anteil der Betroffenen lebt in Indien, gefolgt von China und Pakistan. Auch politische Gegenmaßnahmen wie der britische Modern Slavery Act werden im Bericht beleuchtet. Zum Download geht es [hier](#).



Neue Publikationen im Projekt Change Your Shoes

Der globale Markt für Schuhe wächst stetig. Arbeitsintensive Prozesse in Kombination mit Zeit- und Preisdruck beeinflussen dabei Arbeits- und Lebensbedingungen von ArbeiterInnen in verschiedenen Produktionsländern. Das Projekt Change Your Shoes beleuchtet die Menschen- und Arbeitsrechtsverletzungen und zeigt Handlungsmöglichkeiten auf. Eine aktuelle Publikation untersucht die [Arbeitsbedingungen in osteuropäischen Produktionsländern](#), eine weitere formuliert [Forderungen an Politik und Unternehmen](#). Die Ergebnisse einer Bestandsaufnahme zur Umsetzung menschenrechtlicher Sorgfaltspflicht bei 23 Unternehmen der globalen Schuhindustrie fasst [dieses Fact-Sheet](#) zusammen.



SÜDWIND-Untersuchung: Arbeitsbedingungen in westindischen Textilbetrieben

Make in India – mit diesem Slogan wirbt die indische Regierung um internationale Investitionen – zu welchem Preis für die in der indischen TextilarbeiterInnen wird dabei nicht erwähnt: Überlange Arbeitszeiten, niedrige Löhne, fehlende Arbeitsverträge – diese Missstände treten in der gesamten textilen Kette auf. Die von SÜDWIND, der Deutschen Kommission Justitia et Pax und der indischen NGO PRAYAS vorgelegte Studie zu den Arbeitsbedingungen in indischen Textilbetrieben vermittelt ein Bild von strukturellen Arbeitsrechtsverletzungen von der Baumwollentkernung bis zur Konfektion. [Hier](#) geht es zur Studie.

FEMNET-Video über die Situation junger ArbeiterInnen in indischen Spinnereien

Der Videoclip mit Aufnahmen aus dem indischen Bundesstaat Tamil Nadu berichtet vom Schicksal junger Frauen zwischen 14 und 18 Jahren, die durch Camp-Arbeit in Spinnereien ausgebeutet werden. Textilfabriken nutzen die schwierigen Lebensverhältnisse vieler Familien aus und lassen die jungen Mädchen durch ArbeitsvermittlerInnen in Dörfern für einen Zeitraum von meist drei Jahren anwerben. In betriebseigenen Unterkünften und ohne regelmäßigen Kontakt zu ihrer Familie arbeiten die Mädchen unter menschenunwürdigen Bedingungen. Brechen sie wegen des hohen psychischen Drucks ihre Arbeit vor Ablauf der Verpflichtung ab, laufen sie Gefahr, die vereinbarte Prämie nicht zu erhalten. Zum Videoclip geht es [hier](#). Und zur entsprechenden Studie [hier](#).

Globale Wirtschaft politisch verändern

EU-Verordnung zu Konfliktmineralien: auf Leitlinien geeinigt

Am 15. Juni 2016 haben sich die EU-Kommission, das Europäische Parlament und die Mitgliedsstaaten nach einjährigen Verhandlungen auf die Leitlinien einer Verordnung geeinigt, die den Handel mit den sogenannten Konfliktmineralien regulieren soll. Umwelt- und Entwicklungsorganisationen in Deutschland begrüßen die Initiative, zeigen sich aber enttäuscht über die Inhalte. So weist der Arbeitskreis Rohstoffe in seiner Pressemitteilung darauf hin, dass die Verordnung nur Unternehmen betrifft, die Metalle importieren, abbauen oder schmelzen. Damit sei die Mehrheit der Unternehmen, die in der EU Konfliktrohstoffe nutzen und verarbeiten, aus ihrer Verantwortung entlassen – beispielsweise die Automobil- und Elektroindustrie. Zur Pressemitteilung geht es [hier](#). Kerninhalte der Regelung sind [hier](#) zusammengefasst.



Bild: Jörg Böhling

Nationaler Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte: Zivilgesellschaft kritisiert Entwurf

Hiesige Firmen sollen mehr Verantwortung für die Achtung der Menschenrechte in Produktions- und Beschaffungsketten übernehmen. Dies ist Ziel des Nationalen Aktionsplans, den die Bundesregierung nach fast zweijähriger Beratung verabschieden möchte. Menschenrechts- und Entwicklungsorganisationen hatten sich für eine gesetzliche Regelung eingesetzt. Stattdessen setzt die Bundesregierung in einem noch nicht öffentlich zugänglichen Entwurf

zunächst darauf, dass Unternehmen freiwillig Elemente menschenrechtlicher Sorgfaltspflicht integrieren. Beteiligen sich bis 2020 weniger als die Hälfte der großen Unternehmen, werde eine Gesetzgebung geprüft. Einen Überblick über Entwurfsinhalte, Streit- und Kritikpunkte bieten die diesbezüglichen Artikel in der [Frankfurter Rundschau](#), der [SZ](#), dem [Handelsblatt](#) sowie der Beitrag von Armin Paasch von MISEREOR in den [Blättern für internationale Politik](#).

Weiter läuft auch die [Unterschriftenaktion „Menschenrechte vor Profit“](#), mit der ein breites Bündnis einen ambitionierten Aktionsplan fordert. Unterschreiben, teilen, weitersagen!



Fünf Jahre UN-Leitprinzipien: Grafiken und Einschätzungen

Am 16. Juni 2011 verabschiedete die internationale Gemeinschaft die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte. Sie erinnern Staaten an ihre Pflicht, die Menschenrechte gegen Verletzungen durch Unternehmen zu schützen und Betroffenen Zugang zu Abhilfe zu ermöglichen. Unternehmen stehen den Leitprinzipien zu Folge in der Verantwortung, Menschenrechte zu achten sowie mögliche negative Auswirkungen ihrer Geschäftstätigkeit zu beenden und wiedergutzumachen. Die Umsetzung der Leitprinzipien ist auf den politischen Willen der nationalen Regierungen angewiesen und hier fehlt es bislang größtenteils an wirksamen Initiativen. Eine Übersicht über Entwicklungen und Herausforderungen in den fünf Jahren bieten diese [Grafiken](#) des Business and Human Rights Resource Center. Stimmen aus der internationalen Zivilgesellschaft zum Leitprinzipien-Geburtstag

sind [hier](#) zusammengefasst. Der Status nationaler Aktionspläne zur Umsetzung der Prinzipien weltweit lässt sich [hier](#) nachvollziehen.

Unternehmen in der Verantwortung



Freeimages.com/jon.ng

Survival-International-Bericht: Deutsche Unternehmen und die Rechte indigener Völker

Indigene Völker sind oft in besonders existentieller Weise von wirtschaftlichen Aktivitäten weltweit betroffen. Auch deutsche Unternehmen sind direkt oder indirekt an Menschenrechtsverletzungen gegenüber Indigenen beteiligt, indem sie etwa Rohstoffe von fragwürdigen Zulieferern beziehen oder an umstrittenen Projekten auf indigenem Land mitverdienen. Betroffene verlieren ihre Heimat, ihre kulturellen Wurzeln und teilweise sogar ihr Leben. 2015 führte Survival International eine Erhebung unter 100 deutschen Unternehmen durch, um zu erfahren, ob und wie deutsche Unternehmen die Rechte indigener Völker berücksichtigen. Über die Ergebnisse der Befragung wird in diesem [Report](#) berichtet.



Freeimages.com/alfonso.romero

Webinar: Kinderrechte im Unternehmen

Am 21. August 2016 bietet das Deutsche Global Compact Netzwerk ein Webinar zu Kinderrechten im Unternehmen an. Die Teilnehmenden sollen einen Überblick über die Bedeutung von Kinderrechten im Unternehmenskontext erhalten sowie erste Anregungen dazu, wie sie in unternehmerisches

Handeln integriert werden können. Informationen [hier](#).



Freeimages.com/Anton.Malan

Petition für existenzsichernde Löhne in der Modeproduktion

Ein existenzsichernder Lohn, der es ArbeiterInnen ermöglicht, mit ihren Familien ein menschenwürdiges Leben zu führen, ist ein Menschenrecht.

ArbeiterInnen in den Produktionsstätten von Mode verdienen aber oft sehr wenig und müssen zahlreiche Überstunden leisten. Und das, obwohl die Arbeitskosten nur einen Bruchteil des Verkaufspreises ausmachen.

Mit einer Unterschriftenaktion fordern Get Changed und FEMNET Modefirmen auf, in ihrer Lieferkette für existenzsichernde Löhne zu sorgen und über die Lohnzahlungen transparent zu berichten. [Hier](#) geht es zur Unterschriftenaktion.

Globales Lernen



Bildungsmodule: Moderne Sklaverei

Unter dem Titel „Moderne Sklaverei - Nicht tolerierbar, nicht akzeptabel und nicht verhandelbar“ bietet das Nord|Süd-Netz des DGB Bildungswerk BUND eine Broschüre mit Anregungen für Seminarmodule in der Bildungsarbeit zum Thema Zwangsarbeit. Die Zusammenstellung beruht auf Erfahrungen und Ideen eines fünftägigen Pilotseminars und enthält in den Anlagen zahlreiche Hinweise zu einsetzbaren Materialien zu Fallbeispielen von Zwangsarbeit, Indikatoren für diese sowie Handlungs-

optionen. Bestellen oder herunterladen kann man die Broschüre [hier](#).



Satthaben. Bildungsmaterial zum Thema globalisierte Landwirtschaft

Das von INKOTA herausgegebene Bildungsmaterial beschreibt Inhalte und Methoden für die Bildungsarbeit zur globalen Landwirtschaft und Welternährung mit Jugendlichen ab 16 Jahren. Die Struktur der globalisierten landwirtschaftlichen Produktion werden dabei ebenso behandelt wie unterschiedliche Konzepte zur Umsetzung des Menschenrechts auf Nahrung, Landgrabbing und der Anbau von Energiepflanzen. Zum Material geht es unter diesem [Link](#).

Veranstaltungen in NRW

08.-10. Juli 2016, Bonn:

Alternative Wirtschaftsordnungen - Innovative Ansätze zur Lösung aktueller Krisen!?

In dem vom Verein zur Förderung politischen Handelns angebotenen Seminar werden krisenhafte Entwicklungen und Probleme der globalen Wirtschaft beleuchtet und alternative Konzepte und die Frage umsetzbarer Alternativen diskutiert. Nähere Informationen [hier](#).

31. Juli – 5. August 2016, Hattingen: „... noch keinen Sklaven in Katar gesehen“

Das durch das DGB Bildungswerk organisierte Seminar gibt Einblicke in moderne Formen der Sklaverei, Zwangsarbeit und Ausbeutung im 21. Jahrhundert. Es werden

Fallbeispiele aus verschiedenen Wirtschaftssektoren beleuchtet und (inter)nationale wie lokale Handlungsansätze erarbeitet. Nähere Informationen [hier](#).

**01.-03. August 2016, Köln:
Internationale Konferenz: CSR,
Sustainability, Ethics and Governance**

Eine der größten internationalen Wissenschaftskonferenzen mit dem Schwerpunkt auf nachhaltigem Management tagt Anfang August in Köln. Über 180 nationale und internationale VertreterInnen aus Wirtschaft und Wissenschaft stellen ihre Forschungsergebnisse rund um das diesjährige Thema „Sustainable Management as New Business Paradigm“ vor. Zur Konferenz-Website geht es [hier](#).

**01.-03. September 2016, Dortmund:
Fair Friends Messe**

Rund um die Themen Fairer Handel, neue Lebensmodelle und gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen können sich BesucherInnen Anfang September bei Ständen und Vorträgen auf der Messe Fair Friends informieren. Der erste Tag richtet sich in diesem Jahr besonders an FachbesucherInnen wie BeschafferInnen oder CSR-ManagerInnen; die weiteren Tage an allgemein interessiertes Publikum. Nähere Informationen unter diesem [Link](#).

Der Newsletter Globale Wirtschaft und Menschenrechte ist ein Angebot der im Rahmen des [Eine-Welt-PromotorInnenprogramms](#) NRW eingerichteten Fachstelle für Globale Wirtschaft und Menschenrechte bei SÜDWIND.

Kontakt:

Eva-Maria Reinwald

Fachpromotorin für Globale Wirtschaft und Menschenrechte

SÜDWIND e.V.-Institut für Ökonomie und Ökumene

Tel.: 0228-763698-21

E-Mail: reinwald@suedwind-institut.de

Website: www.suedwind-institut.de

Der Newsletter lässt sich unter diesem [Link](#) oder durch kurze Nachricht per Mail wieder abbestellen.

Mitglied werden und spenden

Wir leben von der Unterstützung unserer Mitglieder und Förderer. Setzen Sie sich mit SÜDWIND für wirtschaftliche, soziale und ökologische Gerechtigkeit weltweit ein. Wir möchten unabhängig bleiben, auch unbequeme Fragen stellen und nicht nur einfache Antworten geben. Bitte helfen Sie uns dabei.

Informationen zu einer Mitgliedschaft bei SÜDWIND erhalten Sie auf unserer [Website](#), telefonisch unter 0228-763698-14 oder per E-Mail an info@suedwind-institut.de.

[Mitglied werden](#) [Online spenden](#)